

Oskar Weggel

## Der nukleare Amoklauf in Südasien und die Reaktionen der VR China

### Gliederung:

- 1 Die indische Aktion
- 2 ... und die pakistanische Reaktion
- 3 Zwischen den Stühlen: China
- 4 Die Folgen des Test-Wettbewerbs
- 4.1 Gleichstand zwischen den beiden südasiatischen Erzrivalen
- 4.2 Anstoß zu einem Bombenwettbewerb zwischen weiteren Staaten?

## 1 Die indische Aktion

Am 11. und 13. Mai führte Indien mehrere unterirdische Atomtests auf dem Testgelände von Pokharan in der nordwestlich gelegenen Wüste Rajastans durch.

Alle Welt protestierte, vor allem zwei offizielle Atom-mächte (USA und China), bemerkenswerterweise aber nicht die „strategischen Partner“ Frankreich und Rußland.

Das chinesische Außenministerium veröffentlichte am 14. Mai eine Erklärung, die in ungewöhnlich scharfem Ton gehalten war – wörtlich: „Ungeachtet des starken Widerstands der internationalen Gemeinschaft führte die indische Regierung am 13. Mai zwei weitere Atomtests – nachdem bereits am 11. Mai einer angestellt worden war – durch. Die chinesische Regierung ist zutiefst geschockt und verurteilt das indische Vorgehen aufs schärfste. Die Aktion Indiens ist eine ungeheuerliche Mißachtung des gemeinsamen Willens der internationalen Gemeinschaft zu einem umfassenden Verbot von Atomtests und ein harter Schlag gegen internationale Bemühungen um die Nichtweitergabe von Atomwaffen. Indiens Verhalten zieht ernste Konsequenzen für den Frieden und die Stabilität in Südasien sowie in der übrigen Welt nach sich. Die internationale Gemeinschaft sollte eine gemeinsame Position einnehmen und Indien aufs entschiedenste dazu auffordern, sein atomares Entwicklungsprogramm unverzüglich einzustellen. ... Die indische Regierung hat die internationalen Bemühungen, Atomtests zu verbieten, unterminiert, um auf diese Weise Hegemonie in Südasien zu erlangen; überdies hat es bössartigerweise China beschuldigt, eine atomare Bedrohung für Indien darzustellen. Dies ist absolut unbegründet. Seit China im Besitz von Atomwaffen ist, hat es sich stets für ein umfassendes Verbot und für eine komplette Vernichtung von Atomwaffen eingesetzt und sich einseitig sowie bedingungslos verbürgt, weder gegen nichtatomare Staaten noch gegen atomare Zonen Atom-

waffen einzusetzen. Die überflüssigen Beschuldigungen Indiens gegen China dienen einzig und allein als Alibi für die Entwicklung eigener Atomwaffen. Die chinesische Regierung wird die Situation weiterhin genauestens beobachten.“<sup>1</sup>

China zog hier mit den USA an *einem* Strang: Bereits am 13. Mai hatte sich Chinas Außenminister Tang Jiaxuan mit seiner amerikanischen Amtskollegin Madeleine Albright telefonisch wegen der indischen Atomtests in Verbindung gesetzt. Albright gab den Chinesen bei dieser Gelegenheit zu verstehen, daß ihre Regierung mit den Anschuldigungen Indiens, China sei eine atomare Bedrohung für Indien, nicht übereinstimme.

Beide waren sich auch darin einig, daß Druck auf Indien ausgeübt werden müsse, sein Atomprogramm einzustellen.

Auch bei der offiziellen Pressekonferenz wies der Sprecher des Außenministeriums darauf hin, daß die VR China der Republik Indien stets auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz entgegengekommen sei. Dennoch habe Indien die VR China grundlos kritisiert und sie „verleumderisch beschuldigt“, eine Bedrohung für Indien darzustellen. Hierdurch seien die sino-indischen Beziehungen unnötigerweise beschädigt worden. Trotz enormen Widerstands der internationalen Gemeinschaft habe Indien wiederholt Atomtests angestellt. „Die chinesische Seite verurteilt dies zutiefst und wird die Entwicklung der Situation fest im Auge behalten“.<sup>2</sup>

Andere Regierungen reagierten mit der Einstellung von Entwicklungshilfe für Indien, vor allem Japan und Deutschland. Die deutsche Regierung beispielsweise stornierte eine Zahlung von 300 Mio. DM.

In gleicher Weise reagierten auch die meisten anderen Staaten der EU.

Auch die Weltbank stellte die Auszahlung eines Kredits von über 800 Mio. US\$ an Indien ein.<sup>3</sup>

Die USA bedeuteten den Indern überdies, daß ihre wichtigsten Sanktionen weniger bilateral als vor allem über multilaterale Institutionen, wie beispielsweise die Weltbank, erfolgen würden.<sup>4</sup>

Die Konstellationen, wie sie sich im Zusammenhang mit den Atomtests der Inder und Pakistanis abgezeichnet haben, zeigen übrigens, daß es um das Verhältnis zwischen Moskau und Beijing, das 1997 ja bekanntlich zu einer „Strategischen Partnerschaft“ ausgebaut worden war, durchaus nicht so gut bestellt ist, wie es auf den ersten Blick scheinen mag.

Die seit 1971 zwischen Moskau und Delhi geschmiedete Allianz besteht auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion noch weiter. Vor allem hat sie sich darin offenbart, daß Rußland sich als eine der wenigen Mächte weigerte, gegen das indische Vorgehen zu protestieren. Nach wie vor verfolgt es offensichtlich die Strategie, zusammen mit Indien der VR China Schranken zu setzen. Auch langfristig dürften die Beziehungen zwischen Rußland und Indien besser bleiben als diejenigen zwischen Rußland und China.

<sup>1</sup>XNA, 14.5.98.

<sup>2</sup>BRu, 1998/22, S.9.

<sup>3</sup>AWSJ, 27.5.98.

<sup>4</sup>FT, 13.5.98.

## 2 ... und die pakistanische Reaktion

Kaum hatte Indien seine Tests durchgeführt, reiste der pakistanische Staatssekretär im Außenministerium, Shamshad Ahmad, nach Beijing,<sup>5</sup> wo es nicht nur zu einer gemeinsamen Verurteilung des indischen Vorgehens, sondern – möglicherweise! – auch zu einer Abstimmung über die pakistanischen Reaktionen kam.

Außenminister Ayub Khan drohte sogar mit Raketenangriffen auf indische Städte.

Für die USA war das indische Vorgehen offensichtlich nicht weniger überraschend als für Pakistan. Vor allem war der CIA durch Ablenkungsmanöver genarrt worden, nachdem die Inder die CIA-Beobachtungssatelliten ausgemacht und ihnen daraufhin täuschende Signale gesendet hatten (SZ, 22.5.98). Der CIA hatte sich m.a.W. ein weiteres Mal blamiert!

Die Nachrichten vom indischen Atomtest erreichten einen offensichtlich ebenfalls ahnungslosen amerikanischen Präsidenten, der sich zu dieser Zeit gerade auf Deutschlandbesuch befand. Clinton, der sehr wohl ahnte, was nun kommen würde, setzte sich sogleich mit dem pakistanischen Ministerpräsidenten Nawaz Sharif telefonisch ins Benehmen und bat ihn, keine Gegenmaßnahmen zu ergreifen – eine Bitte, die, wie sich schon kurze Zeit später zeigte, nicht befolgt wurde.

Denn schon zwei Wochen nach den indischen „Signalen“ zündete Pakistan – am 28. Mai – in seinem Testgebiet von Dostan Wadh, das vom indischen Pokharan nur rund 600 km entfernt ist, fünf „islamische“ Nuklearsprengsätze, denen schon kurze Zeit später weitere Zündungen folgten. Obwohl die pakistanische Führung beobachten konnte, wie scharf die internationalen Reaktionen gegen Delhi ausgefallen waren, hatte sie sich von eigenen Tests also nicht abhalten lassen.

Auch diesmal folgten Proteste und Erklärungen zur Einstellung von Entwicklungshilfe aus aller Welt. Etwas leiser im Ton als gegenüber Indien fiel diesmal die Reaktion Chinas aus, das den Test vom 28. Mai „tief bedauert“ – so, als hätte die pakistanische Seite ihre alte Freundin, die VR China, über diesen Schritt nicht längst informiert.<sup>6</sup>

Der pakistanische Entschluß, gegenüber dem Erzfeind Indien keinen Meter Boden zu verlieren, war vor allem im Mai 1974 neu bestärkt worden, als Indien seinen ersten Kernsatz zur Explosion gebracht hatte, der damals allerdings nicht „Atombombé“, sondern lediglich „Atomic device“ genannt wurde, wobei es schwierig war, das eine vom anderen zu unterscheiden.

Pakistans damaliger Ministerpräsident Zulfikar Ali Bhutto hatte damals mit der Drohung reagiert, die Pakistaner würden lieber tausend Jahre Gras fressen als Indien auch nur einen Millimeter nuklearen Vorsprungs zu lassen. Auch Bhuttos Tochter und Amtsnachfolgerin, Benazir, wies darauf hin, daß nach einer von ihr veranlaßten Umfrage rund 90% aller Pakistani ein nukleares Gleichziehen begrüßen würden. Angeblich war es den Pakistanis dann – gemäß einer Aussage des früheren Heeresoberkommandierenden Aslam Beg von 1996 – schon 1987 gelungen, eine Nuklearbombe herzustellen.

Auch diesmal, im Jahre 1998, hatte Indien als erster die Initiative ergriffen. Damit befand sich Pakistan in der politisch günstigen Situation, sein eigenes Waffenarsenal nun als Antwort auf die vorangegangene indische „Bedrohung“ auszuspielen und aller Welt vor Augen führen zu können.

Auf beiden Seiten lösten die Tests in der eigenen Bevölkerung frenetischen Jubel aus. Auf die Idee, daß die bitterarmen Länder das für Atomwaffen verpulverte Geld doch besser im wirtschaftlich-sozialen Bereich hätten einsetzen sollen, schienen hier nur ganz wenige Opponenten gekommen zu sein.

Ob China tatsächlich atomwaffenfähiges Material an Pakistan geliefert hat, läßt sich direkt zwar schwer nachweisen, doch gibt es dafür – vor allem aus der Sicht des amerikanischen CIA – drückende Beweise und Indizien.

Die internationale Atomenergiebehörde in Wien, die als „Nuklearpolizist der Welt“ gilt, hat hier allerdings keine eigenen Nachforschungen anstellen können, da sie nur für den zivilen Anwendungsbereich zuständig ist.

Einige Berichte gehen davon aus, daß die Hauptelemente der „islamischen Bombe“ deutsch seien. Schon Ende der 80er Jahre habe es den 1.437 Seiten dicken Bericht eines Unterausschusses des Bundestags gegeben, in dem von der Zusammenarbeit deutscher Wissenschaftler und Techniker mit Pakistan auf nuklearem Gebiet die Rede war – doch wer kümmere sich heute noch darum!?<sup>7</sup>

## 3 Zwischen den Stühlen: China

Allerdings gehört auch die VR China selbst nicht gerade zu den Unschuldsgeltn: hat sie doch zwischen Oktober 1964 und Juli 1996 nicht weniger als 45 Nukleartests durchgeführt, die frühesten unter ihnen sogar noch in der Atmosphäre – und stets zur „Selbstverteidigung“, wie es nach jedem der Tests hieß.

Zuletzt, d.h. in den Jahren 1995/96, hatte sich Beijing noch mit drei Fragen auseinandersetzen müssen, nämlich mit der – zu dieser Zeit bereits weltweit kritisierten – Fortsetzung der eigenen Serie, mit dem französischen Vorgehen im Pazifik und mit dem Verhalten Japans, das ja<sup>8</sup> seine Entwicklungshilfe für China als Antwort auf die damalige Versuchsserie gesperrt hatte:

- Bereits anlässlich eines Deutschlandbesuchs im Juli 1995 hatte Staats-, Partei- und Militärführer Jiang Zemin bekanntgegeben, daß sich China noch vor Ende 1996 dem nuklearen Teststoppabkommen anschließen wolle. Bis dahin allerdings müsse die Volksrepublik noch eine abschließende Reihe durchführen. Als am 15. August 1995 mehrere Greenpeace-Mitglieder auf dem Tiananmen-Platz in Beijing gegen dieses Verhalten der Volksrepublik protestierten, wurden sie auf der Stelle verhaftet.<sup>9</sup>
- Auch die französische Testserie vom Herbst 1995 im Pazifik war für Beijing offensichtlich eine Ermutigung, dem internationalen Druck vorerst nicht nachzugeben, sondern den Abschluß bis 1996 hinauszuzögern.<sup>10</sup>

<sup>7</sup>SZ, 26.5.98.

<sup>8</sup>Berichtet in C.a., 1995/8, Ü 1.

<sup>9</sup>Dazu C.a., 1995/7, Ü 4.

<sup>10</sup>(C.a., 1995/9, Ü 2.

<sup>5</sup>XNA, 21.5.98.

<sup>6</sup>XNA, 29.5.98.

– Besonders empört zeigte China sich über Japan und seine Einstellung der laufenden Entwicklungshilfe. Japan möge mit der „schwererkämpften Freundschaft zu China“ gefälligst etwas vorsichtiger umgehen!<sup>11</sup> Immerhin sei die japanische Entwicklungshilfe ja nichts anderes als eine „Form der Entschädigung“ für die jahrelangen Aggressionen gegen China.<sup>12</sup>

Am 29.7.96 hatte die Volksrepublik ihren 45. Nukleartest durchgeführt und gleichzeitig die Erklärung herausgegeben, daß sie sich vom 30.7.96 an an das Moratorium für Nukleartests halten wolle. China habe in Genf stets an einem CTBT (Comprehensive Test Ban Treaty) mitgearbeitet und halte die Einstellung von Nukleartests für einen wichtigen Schritt in Richtung auf die nukleare Abrüstung. Für die Zukunft sollten fünf Punkte maßgebend sein: (1) große Nuklearwaffenstaaten sollten ihre Politik der nuklearen Abschreckung aufgeben und ihre Nuklearrückstände drastisch reduzieren, (2) sämtliche Nuklearmächte sollten die Erklärung abgeben, daß sie niemals als erste Atomwaffen einsetzen wollten, (3) Nuklearwaffen außerhalb der eigenen Grenze sollten zurückgezogen werden und außerdem solle jedermann die Errichtung von nuklearwaffenfreien Zonen unterstützen. (4) Kein Land solle damit beginnen, Weltraumwaffen oder Raketenabwehrsysteme zu entwickeln, die die strategische Sicherheit und Stabilität erneut beeinträchtigen könnten. (5) Eine internationale Konvention über das vollständige Verbot und die vollständige Vernichtung von Atomwaffen sei anzustreben.<sup>13</sup> China sei bereit, einen Vertrag über das Verbot von Nukleartests zu unterzeichnen.<sup>14</sup> Gleichzeitig wolle China Schritte unternehmen, um möglichst bald ein weltweites Verbot von Chemiewaffen durchzusetzen.<sup>15</sup>

Mit der Einstellung der Atomtests im Jahre 1996 hatte China zwar sein eigenes Gewissen und offensichtlich auch einen Teil der Welt beruhigt, nicht jedoch die mißtrauischen Inder.

Dies brachte u.a. Indiens Verteidigungsminister George Fernandes zum Ausdruck, als er China „die Gefahr Nr.1 für Indien“ nannte.<sup>16</sup> Diese Bemerkung des indischen Verteidigungsministers war es denn auch, die den oben zitierten Protest der chinesischen Seite auslöste.

Nach westlichen Erkenntnissen besitzt die VBA ein Atomwaffenarsenal von 250-300 Sprengköpfen, und zwar mit unterschiedlichster Sprengkraft – von 60-100 Kilotonnen bis hin zu eine Megatonne (Versuch 1992!). Darüber hinaus entwickelt die Volksrepublik ballistische Raketen mit Reichweiten von bis zu 8.000 km.<sup>17</sup>

Das Atomtestverhalten der Chinesen hatte auch Indien immer wieder zu Protesten veranlaßt, die jedoch ungehört verhallten. Besonders empört zeigte sich Delhi, als China am 21. Mai 1992 eine Atombombe mit der Sprengkraft von ungefähr einer Megatonne zündete – es war dies der bis dahin spektakulärste chinesische Versuch, der u.a. die USA dazu veranlaßte, China zu mehr Zurückhaltung aufzufordern.

Das chinesische Vorgehen wirkte auf Indien nicht zuletzt deshalb so unberechenbar, weil die rechte Hand

offensichtlich nicht wußte, was die linke tat: Während beispielsweise das chinesische Außenministerium im Mai 1995 in Genf Verhandlungen über die Verlängerung des NPT (Nuclear Non-Proliferation Treaty, Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen) führte, fand schon zwei Wochen später ein militärischer Querschlag statt, nämlich ein erneuter Test in Lop Nor (AR Xinjiang).

## 4 Die Folgen des Test-Wettbewerbs

### 4.1. Gleichstand zwischen den beiden südasiatischen Erzrivalen

Der Beschluß, die Atomtests durchzuführen, war auf indischer Seite offensichtlich durch drei Motive bedingt: Erstens wollte Delhi ein Gegensignal zur „chinesischen Gefahr“ setzen, zweitens Pakistan einschüchtern, das ja, wie man in Delhi zu wissen glaubte, bei der Entwicklung eigener Atomwaffen eng mit China zusammenarbeitete, und drittens galt es, die Nationalisten in den eigenen Reihen mit einer nationalen Großtat zufriedenzustellen. Immerhin hatte sich in der Republik Indien seit 1996 ja die hindu-nationalistische BJP durchgesetzt, die 1998 bei den Wahlen einen erneuten Triumph erringen konnte und die, wenn sie schon in ihrer Innenpolitik (vor allem im Kampf gegen den Islam in Indien) keine berauschenden Erfolge erzielen konnte, wenigstens außenpolitisch etwas vorweisen wollte. Zumindest Ziel 2 wurde nicht erreicht.

Beide Seiten liegen nämlich, wie die so kurz hintereinander erfolgten Nukleartests gezeigt hatten, nicht nur im Bereich der Atombomben, sondern auch bei der raketentechnischen Entwicklung in etwa gleichauf. Die Inder haben hier eine „Prithvi-Rakete“, die Pakistaner aber ihre „Ghauri-Rakete“ entwickelt – beides Mittelstreckenraketen, die eine Nutzlast von rund 700 kg (also auch Atomsprenghöpfe) über Strecken von rund 1.500 km befördern können.

Die „Prithvi“ erinnert an Prithviraj, der als Hindumonarch zahlreiche Schlachten gegen die vordringenden Muslimheere gewonnen hatte. Sie ist die zweite Stufe der auf 2.000 km ausgelegten Zweistufenrakete „Agni“, die nach dem Feuergott der Hindus benannt ist.

„Ghauri“ andererseits läßt an Mohammed Ghaur denken, den Herrscher einer afghanischen Dynastie, die einst Indien bis in die Region von Delhi im Zuge eines Heiligen Kriegs erobert hatte.

Die Prithvi-Rakete war mit sowjetisch-russischer Hilfe, die Ghauri-Rakete vor allem mit nordkoreanischer und chinesischer Unterstützung konstruiert worden.

Neben der auf Mittelstreckenweiten ausgelegten „Ghauri“ besitzt Pakistan noch einige Dutzend Kurzstreckenraketen chinesischer Bauart (Typ M-11), wie sie Beijing den Pakistanern schon 1982 überlassen hatte – und zwar als Antwort auf die amerikanische Lieferung von Kampfflugzeugen vom Typ F-16 an Taiwan. Die M-11 hat eine Reichweite von knapp 300 km, kann also die großen Bevölkerungszentren Indiens – ganz im Gegensatz zur „Ghauri“ – nicht erreichen. Immerhin könnte sie auf das indische Atomtestgelände Pokharan (im Bundesstaat Gujarat) abgefeuert werden.

<sup>11</sup>XNA, 15.9.95.

<sup>12</sup>So Ministerpräsident Li Peng in *Kyodo*, SWB 20.9.95.

<sup>13</sup>XNA in SWB, 30.7.96.

<sup>14</sup>XNA, 5.7.96.

<sup>15</sup>XNA, 25.7.96.

<sup>16</sup>XNA, 16.5.98.

<sup>17</sup>Näheres dazu C.a., 1995/7, S.605 f.

## 4.2 Anstoß zu einem Bombenwettbewerb zwischen weiteren Staaten?

Sowohl China als auch der Westen mußten zu der Erkenntnis kommen, daß Indien bereit war, sich „gegen den Rest der Welt“ zu stellen: Weder der Entwicklungshilfestopp der USA noch die Entscheidung der Weltbank zur Aussetzung von vier Darlehen noch Appelle der EU – und schon gar nicht Proteste der VR China – hatten die indische Regierung davon abhalten können, in ihrer Atomtestpolitik fortzufahren; vielmehr setzte sie den Kurs durch eine zweite Serie fort, so daß die pakistanische Antwort nur noch eine Frage der Zeit sein würde. In Asien herrschte „Bombenwetter“ und es kam zu einer Bestätigung der „Bombenfreundschaft“ zwischen Pakistan und China.

Der indisch-pakistanische Wettstreit dürfte nun auch noch weitere Schwellenländer dazu veranlassen, den Weg der Entwicklung eigener Nuklearwaffen weiterzubeschreiten. Zu den Staaten, die diesen Weg gehen, zählen Algerien, Libyen, der Iran und Taiwan. Auch der Irak und Nordkorea stehen unter Verdacht.

Atomwaffen befinden sich auch noch auf dem Gebiet von Nachfolgestaaten der Sowjetunion wie Kasachstan, Weißrußland und Ukraine. Argentinien und Brasilien haben sich zwar Selbstbeschränkungen (keine Verbreitung von Nuklearwaffen in Lateinamerika) unterworfen; ob sie sich auf die Dauer freilich auch daran halten? Südafrika gab 1993 bekannt, es werde seine sechs Kernwaffen zerstören.

Seit 1996 schien sich die Nuklearfront beruhigt zu haben. 1998 freilich ist diese Ruhe empfindlich gestört worden!

Könnten nun eines Tages nicht auch Japan und Vietnam in Versuchung kommen, eigene Nuklearwaffen zu bauen? In diesem Fall würden vor allem in Beijing die Alarmglocken schrillen.

## Sebastian Heilmann Die ersten Wahlen zur Legislative in der SVR Hongkong: Politische Kräfteverschiebungen und wirtschaftspolitische Konsequenzen

Am 24. Mai 1998 wurde in der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong die erste Wahl zur Legislativversammlung<sup>18</sup> abgehalten. Damit wurde erstmals in der Geschichte der VR China ein gesetzgebendes Organ durch eine Mehrparteien-Konkurrenzwahl berufen. Die Wahl wurde nicht nur ohne erkennbare Eingriffe von Seiten Beijings abgehalten, sondern führte auch zu einem Wiedereinzug Beijing-kritischer Politiker, die nach dem Souveränitätswechsel im letzten Jahr vorübergehend ihren Sitz in der Legislative verloren hatten. Vor dem Hintergrund der Einparteiherrschaft in der VR China stellen die Hongkonger Wahlen und die Zulassung einer politischen Opposition trotz vielfältiger Verzerrungen in Wahlverfahren und Wahlergebnissen ein historisches Ereignis dar.

### Unerwartet hohe Wahlbeteiligung

Darüber hinaus kann die überraschend hohe Wahlbeteiligung von rund 53%, die trotz extrem widriger Wetterverhältnisse (heftiger Dauerregen) zustandekam, als wichtiger Beleg für ein wachsendes Bedürfnis nach demokratischer Mitbestimmung in der Bevölkerung Hongkongs gewertet werden. Im Vorfeld der Wahl war von vielen Kommentatoren und Umfrageforschern eine noch niedrigere Wahlbeteiligung als 1995 (36%) und 1991 (39%) vorhergesagt worden (siehe Tabelle 3).

Die unerwartet hohe Wahlbeteiligung widerlegte nun gängige Annahmen von einer ausgeprägten politischen Apathie unter den Hongkongern und wird von Wahl- und Umfrageforschern als Ausdruck eines Protestverhaltens eingeschätzt, das zuvor passive Wähler mobilisieren half. Folgende zwei Hauptfaktoren werden – neben der Tatsa-

<sup>18</sup>In der englischen Version des Grundgesetzes der SVR Hongkong wird weiterhin die offizielle Bezeichnung der Legislative aus den Zeiten der britischen Kolonialherrschaft - *Legislative Council* - beibehalten. Im Chinesischen aber wird das Legislativorgan nun nicht mehr als *lifaju*, sondern als *lifahui* („Legislativversammlung“ oder einfach „Legislativ“) bezeichnet.